

Junge Union Unstrut-Hainich • Eilseestraße 6 • 99976 Bickenriede

An die Vertreter der Medien

**Kreisvorsitzender  
Jonas Urbach**

Bickenriede 26.10. 2011

## **Medieninformation**

### **Die Junge Union Unstrut-Hainich zeigte sich von den am Mittwoch bekannt gewordenen Plänen zur Schließung der Bundeswehrkaserne Mühlhausen sehr enttäuscht.**

Die Junge Union Unstrut-Hainich zeigte sich von den am Mittwoch bekannt gewordenen Plänen zur Schließung der Bundeswehrkaserne Mühlhausen sehr enttäuscht. Wenngleich Thüringen insgesamt einen verträglichen Dienststellenabbau zu verkraften hat, trifft es Mühlhausen sehr hart. "Es ist unehrlich, nur von einer Reduzierung zu sprechen. Wenn von 860 Dienststellen nur noch 6 übrig bleiben, kommt das einer Schließung gleich. Die verbleibenden Dienstposten sind lediglich die Angestellten der Wehrdienstberatung und residieren nicht einmal mehr in der Kaserne, sondern im Arbeitsamt. Die Kaserne wird also definitiv geschlossen. Nach der bereits vor einigen Jahren erfolgten Schließung der Rosenhofkaserne gehen mit dem Verlust der Görmarkkaserne mehr als 150 Jahre Militärtradition in Mühlhausen zu Ende.", so der JU-Kreisvorsitzende Jonas Urbach.

Er erklärte: "Für unsere Region ist das ein schwarzer Tag. Damit wird nicht nur die Tradition der Garnisonstadt Mühlhausen mit einem Pinselstrich beendet, sondern auch ein gravierender Einschnitt in die ökonomische Situation des Landkreises vorgenommen."

"Unsere Region zu schwächen, indem man mit der Kaserne einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor einfach wegrationalisiert, kann keine nachhaltige Politik sein. Der Wegfall des Bundeswehrstandortes bedeutet auch das Wegbrechen eines großen Kunden für die regionale Wirtschaft, sei es durch nun fehlende Aufträge an ortsansässige Unternehmen oder durch die wegfallende Kaufkraft, die allein durch die über 800 Soldaten erbracht wurde. Es muss daher überlegt werden, wie der Wegfall der Bundeswehr im Unstrut-Hainich-Kreis kompensiert werden kann. Hierzu sind alle politischen Ebenen gefordert, von der Kreisebene über das Land bis hin zum Bundestag. Insbesondere der Landrat ist nun in der Pflicht, Lösungen zu präsentieren." so Urbach abschließend.

V.i.S.d.P.

Jonas Urbach